

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Wirtschaftsboykott gegen die Sowjetunion?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1980) : Wirtschaftsboykott gegen die Sowjetunion?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 2, pp. 58-59

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135401>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Wirtschaftsboykott gegen die Sowjetunion?

Die westeuropäischen Länder haben den USA zwar die Zusage gegeben, den verfügten Stopp von Getreidelieferungen und anderen Gütern an die Sowjetunion nicht zu unterlaufen. Doch kaum ein Land – außer vielleicht Großbritannien – wäre wohl bereit, sich an einem umfassenderen Wirtschaftsboykott der Amerikaner zu beteiligen. Dies könnte als Ausdruck einer politischen Desintegration zwischen den USA und Westeuropa interpretiert werden. Die eigentliche Erklärung dürfte aber in der politisch-strategisch unterschiedlichen Situation der beiden Räume liegen. Weil Europa – und wegen Berlin und ihrer direkten Grenze zum Warschauer Pakt insbesondere die Bundesrepublik – viel verletzbarer als die USA ist, wird auch in der gegenwärtig angespannten Lage die Politik europäischer Regierungen gegenüber Moskau stärker von der Sicht beherrscht, daß es zur Fortsetzung der Entspannungspolitik – in welcher Form auch immer – letztlich keine vernünftige Alternative gibt.

Die ökonomischen Motive für eine möglichst ungestörte Fortsetzung der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion scheinen vor dem Hintergrund der politischen Ereignisse zwar zweitrangig, sind aber doch vor allem für die Bundesrepublik als dem größten Handelspartner des Ostens auch von Gewicht. Da sich darüber hinaus die Handelsbeziehungen zwischen Ost und West mehr als zehn Jahre als Instrument der Politik bewährt haben und in der Phase des Kalten Krieges wohl sogar das wichtigste Bindeglied zwischen Ost und West darstellten, kann man diese Beziehungen auch aus diesem Grunde nicht einfach aufgeben. Auch ein Aussetzen dieser Beziehungen auf Zeit erscheint wenig sinnvoll, wenn man in Europa aufgrund entspannungspolitischer Überlegungen schon heute weiß, daß man eines Tages die Wirtschaftsbeziehungen zum Osten wieder aufnehmen muß. Die Vereinigten Staaten als Weltmacht können dagegen viel eher als die Europäer aus einer globalen Sicht des derzeitigen Geschehens quasi auch global reagieren.

Ein wirkungsvolles Embargo würde die uneingeschränkte Kooperation aller OECD-Länder in dieser Frage voraussetzen und nicht allein das Versprechen der europäischen Länder, die ausfallenden US-Lieferungen – beispielsweise bei Computern und Ölbohrgeräten – nicht zu kompensieren. Aber selbst das Zustandekommen eines gemeinsamen Lieferboykotts, d. h. eine starke Ausweitung der COCOM-Liste unterstellt, bedeutete dies zwar ein scharfes politisches Signal, aber ob dieses Embargo tatsächlich funktionieren würde, ist aus vielen Gründen fraglich. Ein Blick auf die Geschichte des Embargos – speziell auch auf die deutschen Erfahrungen mit dem Röhrenembargo von 1963 – spricht nicht eben für eine optimistische Einschätzung.

Nur auf eine Lücke eines eventuellen Embargos soll hier eingegangen werden. Eine Aussparung der kleineren sozialistischen Länder von einem Embargo würde bedeuten, daß die Sowjetunion eventuell wichtige Westgüter über ihre RGW-Partner beziehen könnte. Dennoch dürfte es politisch kaum zu rechtfertigen sein, ein Embargo auf alle sozialistischen Länder Osteuropas auszudehnen, um so den Druck auf die Sowjetunion zu verstär-

ken; denn damit würde die zumindest teilweise durch den Westhandel erlangte Abschwächung ihrer einseitigen wirtschaftlichen und technologischen Abhängigkeit von der Sowjetunion schlagartig wieder zunichte gemacht. Die Hoffnungen der kleineren RGW-Länder auf Unterstützung bei der Lösung ihrer Wirtschaftsprobleme insbesondere auch durch die westlichen Wirtschaftsbeziehungen würden erstickt. Der für ein totales Embargo von den kleinen sozialistischen Ländern zu zahlende wirtschaftliche Preis erscheint besonders deshalb sehr hoch, weil – wie bereits Kissinger in seinen Memoiren hervorgehoben hat – es durchaus zweifelhaft ist, ob die Sowjetunion bereit ist, den Primat der Politik gegenüber der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung aufzugeben, d. h. ob die gewünschten außenpolitischen Reaktionen als Folge eines Embargos tatsächlich erwartet werden können.

Auch das im Jahre 1979 wohl schlechteste Wirtschaftsergebnis der Sowjetunion seit dem Zweiten Weltkrieg mit einem Anstieg des Nationaleinkommens von nur noch 2 % (Plan 4,3 %) und der ungünstigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Industrie +2,4 %; Bauwesen +1,1 %; Eisenbahntransport -2,7 %; Landwirtschaft -4 %) sollte bei westlichen Politikern keine voreiligen Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Verletzbarkeit der Sowjetunion durch ein Embargo wecken. Natürlich rechnet die Sowjetunion auch künftig zur Steigerung des Entwicklungstempos ihrer Industrie – 1979 haben von 29 im Planerfüllungsbericht aufgeführten Zweigen 23 Wachstumsverluste hinnehmen müssen – auf eine technologische Unterstützung des Westens; im Ernstfall kann sie aber auch darauf verzichten. Die Lösung ihrer Produktivitätsprobleme wird dann zwar mehr Zeit beanspruchen und damit zu Wohlstandseinbußen führen, aber nicht absolut unmöglich sein.

Ein weitreichendes Embargo gegenüber den RGW-Ländern könnte auch für den Westen nicht ohne wirtschaftliche Konsequenzen bleiben. Allein die bundesdeutsche Wirtschaft müßte mit Exporteinbußen bis zu rd. 16 Mrd. DM jährlich rechnen. Einzelne Unternehmen, die sich zum Teil auch strukturell auf den Ostmarkt ausgerichtet haben, gerieten mit Sicherheit in große Schwierigkeiten. Die Beschäftigungswirkungen in einigen Branchen – gerade auch bei Großfirmen mit zeitweiligen Ostlieferungen zwischen 0,5 und 2 Mrd. DM pro Jahr – wären fatal.

Als Antwort auf ein westliches Embargo ist ein Lieferstopp der Sowjetunion bei Roh- und Energiestoffen zwar nicht sicher, aber auch nicht auszuschließen; insbesondere in der deutschen Erdgasversorgung träten dann tiefgreifende Störungen auf. Auch könnte ein Embargo die Rückzahlung der dem Osten gewährten Kredite in Höhe von über 50 Mrd. US-\$ gefährden; dadurch würden Kredite notleidend, d. h. auf die westlichen staatlichen Kreditversicherungen und damit auf die staatlichen Haushalte kämen Belastungen in Milliardenhöhe zu.

Gleich, ob es zu einem Handelsboykott tatsächlich kommen sollte oder nicht, stellt sich die Frage, ob nicht in jedem Falle mit einer Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West gerechnet werden muß. Konnte sich Osteuropa nämlich rd. zehn Jahre lang darauf verlassen, daß der Westen auch in angespannten Zeiten die Wirtschaftsbeziehungen nicht als politische Waffe einsetzen würde, zumal jede Intensivierung in der gegenseitigen außenwirtschaftlichen Verflechtung auch die gegenseitige Abhängigkeit erhöhte, zwingt die amerikanische Politik die Sowjetunion heute zum Umdenken. Die jetzt um das Embargo geführte Diskussion wird sich auf die endgültige Gestaltung der neuen Fünfjahrpläne (1981-1986) der einzelnen RGW-Länder dahingehend auswirken, daß zur Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke eine Überprüfung aller westwirtschaftlich relevanten Bereiche der Wirtschaftspläne vorgenommen wird.

Noch vor kurzem konnte nach einer längeren Beruhigungsphase im Ost-West-Handel aufgrund ökonomischer Schwächeerscheinungen in den östlichen Volkswirtschaften für die 80er Jahre wieder mit einer Belebung des Ostgeschäfts – bei einer wieder stärker wachsenden Verschuldung – gerechnet werden. Jetzt scheint eine Stagnation wahrscheinlicher; ja, Rückschritte in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen sind nicht mehr auszuschließen.